Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse: „Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Fernsprechstelle Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 218. Mittwoch, 18. September 1912, abends. 65. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 65 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Auch Monatsabonnements werden angenommen. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabetages bis vormittag 9 Uhr ohne Gewähr. Preis für die kleingespaltene 43 mm breite Korpuszeile 18 Pfg. (Lokalpreis 12 Pfg.) Zeitraubender und tabellarischer Satz nach besonderem Tarif.

Rotationsdruck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethestraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Hähnel in Riesa.

Se. Majestät der Kaiser haben in einem Handschreiben an Se. Majestät den König zu erkennen gegeben, wie es Allerhöchstdemselben eine besondere Genugtuung gewesen ist, zu erfahren,

daß Seine Truppen im Königreiche Sachsen trotz der erheblich vermehrten Einquartierungslast überall eine freundliche und fürsorgliche Aufnahme gefunden haben.

In Verfolg einer Verordnung des Herrn Kreishauptmanns bringt die unterzeichnete Amtshauptmannschaft die Allerhöchste Anerkennung zur Kenntnis aller Beteiligten in Stadt und Land.

Großenhain, am 18. September 1912.

537a D. Königliche Amtshauptmannschaft.

Nach Mitteilung der Königlichen Amtshauptmannschaft **Oschatz** ist in **Mautitz** die **Maul- und Klauenseuche erloschen.**

Es werden deshalb die mit Bekanntmachung vom 13. August 1912 — Nr. 188 des Riesaer Tageblattes vom 14. August 1912 — gemäß § 168 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 für die sämtlichen links der Elbe gelegenen Ortschaften des Bezirks der unterzeichneten Königlichen Amtshauptmannschaft angeordneten Bestimmungen wieder aufgehoben.

Großenhain, den 18. September 1912.

2594a E. Königliche Amtshauptmannschaft.

Freitag, den 20. September 1912, vorm. 11 Uhr,
sollen im Gasthofe in **Boberseu** — als Versteigerungsort — **1 Standuhr** und **2 Holz-Musikinstrumente** gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Riesa, 17. September 1912.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Wegen Beschotterung bleibt die **Klötzerstraße** in der Ausdehnung zwischen Oschatzer Straße und Maxstraße in der Zeit vom 19. bis mit 25. September 1912 **für allen Fahrverkehr gesperrt.**

Der Rat der Stadt Riesa, am 16. September 1912. Gßm.

Die Lieferung der Kartoffeln und Molkereiwaren ist für die Küche der I. Abt. 6. Feldart.-Regts. Nr. 68 vom 1. 10. 12 bis 31. 3. 13 zu vergeben. Angebote bis **25. 9. 12** nach Kaserne I/68 Zimmer 15 (Stabsgebäude) erbeten.

Küchenverwaltung I./68.

Kartoffellieferung.

Die Lieferung von **Kartoffeln** für das neue Infanterie-Regiment Nr. 182 in Freiberg Sa. — Bedarf 4—5000 Zentner — soll baldmöglichst, auch postenweise, vergeben werden. Bewerber wollen ihre Angebote sofort einreichen an die

Zentralverkaufsstelle des 16. Inf.-Rgts. Nr. 182 Freiberg.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, 18. September 1912.

—* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 6 Uhr ab im Rathaussaal abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten die Herren Stadtv. Schneider und Romberg. Als Vertreter des Rats wohnten die Herren Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Dr. Dietzel der Sitzung bei. Außerdem waren die Herren Stadtbaumeister Zschau und Ratsassessor Dr. Leipnitz anwesend. Als Zuhörer hatten sich zwei Personen eingefunden.

1. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Beratung über den Ratsbeschluß, betreffend die Beschaffung von Diensträumen für die städtischen Geschäftsstellen. Die in der letzten Stadtverordneten-Sitzung beschlossene Besichtigung der Rathausräume hatte vor der Sitzung stattgefunden, und zwar waren, wie der Vorsitzende, Herr Stadtv.-Vorst. Kommerzienrat Schönherr bemerkte, sowohl die Räume der im zweiten Stockwerk befindlichen Bürgermeisterwohnung, wie auch die Expeditions- und Polizeiräume besichtigt worden. Herr Stadtv.-Vorst. Schönherr führte ferner aus, daß die Beratung sich auf den 2. und 3. Teil des Ratsbeschlusses vom 5. September d. J. zu erstrecken habe, betreffend die Errichtung eines freistehenden Gebäudes oder eines Flügelanbaues an das Rathaus nach der Parktreppe zu und die Bewilligung eines Berechnungsgeldes von 2500 M. für Beschaffung eines Projektes für diesen Bau.

Herr Bürgermeister Dr. Scheider führte aus, daß er bereits in der letzten Sitzung den Standpunkt des Bauausschusses und des Rates in dieser Angelegenheit eingehend vorgetragen und begründet habe. Der Rat sei nach wie vor der Meinung, daß im Interesse der Stadt am meisten die vorgeschlagene Lösung gelegen sei. Da technische Fragen in Betracht kämen und Herr Stadtv. Baumeister Schneider der Sitzung nicht beiwohnen könne, so habe er, Redner, Herrn Stadtbaumeister Zschau als Sachverständigen mit zugezogen.

Herr Stadtv. Geißler erklärte, daß die Besichtigung der Expeditionsräume insofern einen Erfolg gehabt habe, als die an ihr teilgenommenen Mitglieder sich überzeugt hätten, daß tatsächlich die Räume unzulänglich seien. Er für seine Person wenigstens sei zu dieser Ueberzeugung gekommen und es sei Sache der Stadtverwaltung, für Abhilfe zu sorgen. Als von ihm im Mai die Angelegenheit zur Sprache gebracht worden sei, habe er allerdings erst nur die Räume der Polizei im Auge gehabt, er habe aber in seinem Antrag die übrigen Geschäftsräume mit einbezogen, nachdem Herr Bürgermeister Dr. Scheider auch diese für unzulänglich geschildert habe. Heute sei er überzeugt, daß die Angaben des Herrn Bürgermeisters richtig seien. Für Abhilfe müsse also gesorgt werden. Es frage sich aber, ob jetzt gerade der geeignete Zeitpunkt sei, in schnellem Tempo auf Abhilfe zu drängen. Wir hätten einen großen Bau vor uns gehabt, der noch nicht abgerechnet sei, und wenn wir jetzt einen Erweiterungsbau des Rathauses vornehmen würden, so hätten wir zurzeit uns mit zwei Neubauten zu beschäftigen. Das sei nicht wünschenswert für uns, besonders sei gegenwärtig auch unsere Finanzlage nicht günstig. Es werde ohne Zweifel wieder zu einem Steuerzuschlag Zuflucht genommen werden müssen. Wünschenswert sei, daß erst der Schulbau abgerechnet werde. Bei der Prüfung des Schulbaues werde man darauf Bedacht nehmen können, daß etwa bei diesem gemachte Fehler nicht auch bei dem Rathausanbau gemacht würden, womit er jedoch nicht aussprechen wolle, daß beim Schulbau Fehler gemacht worden seien. Diese Erwägungen könnten für ihn maßgebend sein, gegen die vorgeschlagene Lösung zu stimmen. Im Weiteren müsse er erklären, daß er seine Vermutung, daß die im zweiten Stockwerk gelegenen Räume der Bürgermeisterwohnung als Geschäftsräume verwendbar seien, bei der heutigen Besichtigung bestätigt gefunden habe. Die Räume im zweiten Stockwerk müßten nach seiner Meinung als Geschäftsräume herzurichten sein, er meine so, daß größere bauliche Veränderungen nicht vorgenommen würden. Die Räume im ersten Stock seien als geeignet zu bezeichnen, wenn weniger Beamte darin beschäftigt würden. Wenn zweckmäßig verfahren werde, dann müßten die oberen Räume ohne größere bauliche Veränderungen mit verwendet werden können. Wenn das Kollegium vorläufig auch nur die Mittel zur Vorbereitung des Anbaues verwilligen solle, so meine er, daß auch die 2500 M. schließlich nutzlos aufgewendet seien, wenn schließlich doch der Bau an unserer Finanzlage scheitere. Man solle erst umgehend die Frage klären, ob es nicht möglich sei, unter Benutzung der oberen Räume eine Aenderung zu schaffen.

Herr Stadtv.-Vorst. Schönherr bemerkt, daß nicht beabsichtigt sei, Räume, die jetzt benutzt würden, dann leer stehen zu lassen. Die Räume würden auch späterhin verwendet werden.

Herr Stadtv. Richter führt aus, daß er im Bauausschuß sich gegen den Erweiterungsbau gewendet habe. Schließlich habe er aber doch auch für ihn gestimmt, weil von fachmännischer Seite die Wohnung im zweiten Stockwerk als ungeeignet für Geschäftszwecke bezeichnet worden sei. Er stehe jetzt nach der Besichtigung auch auf dem Standpunkt, daß es doch möglich sei, unter Benutzung der oberen Räume noch ein paar Jahre hinzukommen, bis wir finanziell wieder kräftiger seien und etwas Durchgreifendes schaffen könnten.

Herr Stadtv. Bergmann erklärt, daß auch er dem Bauausschuß angehöre und für den Erweiterungsbau des Rathauses gestimmt habe. Er sei auch jetzt noch davon überzeugt, daß, wenn die Wohnung für Büreauzwecke verwendet würde, man damit nur etwas Vorübergehendes schaffe, das obendrein ebenfalls einen bedeutenden Umbau erfordere. Die Beleichtung der Zimmer sei schlecht und auch der Korridor sei finster. Besser sei, es werde etwas Ganzes geschaffen. Wenn der Anbau aus Sparkassenmitteln ausgeführt werde, dann sei nur mit der Verzinsung der Summe zu rechnen und es werde Abhilfe auf Jahrzehnte geschaffen. Ein später wieder notwendig werdender Anbau könne nach der Parkseite zu ausgeführt werden, es werde dann etwas Großes und Ganzes geschaffen sein.

Herr Stadtbaumeister Zschau führt aus, daß er nach gewissenhafter Prüfung zu dem Urteil gekommen sei, daß es nicht vorteilhaft sein werde, wenn die oberen Räume zu Geschäftsräumen eingerichtet würden. Als Verwaltungsbeamter wies er auf die Schwierigkeiten hin, die einer Verlegung von Geschäftsräumen aus dem Grunde entgegenstehen, weil die Expeditionsräume organisch zusammenhängend verlegt werden müßten. Die Kassenräume und das Meldeamt z. B., die auf einander angewiesen seien, dürften nicht auseinander gerissen werden. Als Techniker machte er auf die unzureichenden Fenster aufmerksam, die erweitert werden müßten, ferner seien die Fußböden schadhaft, sie müßten umgelegt und verbessert werden. Die Ofenverhältnisse seien ebenfalls mangelhaft und die Scheidewände stets in Bewegung, so daß sie Risse zeigten. Wenn auch diese Schönheitsfehler schließlich nicht allzu sehr in Betracht kämen, so müsse anderseits damit gerechnet werden, daß eine größere Belastung der Räume nicht stattfinden könne. Man müsse damit rechnen, daß die im zweiten Stockwerk einzurichtenden Geschäftsräume nicht lange reichen würden. Die Kosten für ihre Herstellung würden 9- bis 10000 M. betragen, und dieser Aufwand werde vielleicht einer Benutzungsdauer der Räume von 5 bis 6 Jahren entsprechen. Es müsse aber auch Ersatz für die Dienstwohnung des Bürgermeisters geschaffen werden und dies solle man sich nicht so leicht vorstellen. Er könne also nur empfehlen, etwas Ganzes zu schaffen und nicht Flickwerk.

Herr Stadtv.-Vorst. Schönherr bemerkte zu diesen Ausführungen, daß Herr Stadtbaumeister Zschau für den Umbau der oberen Räume eine Summe genannt habe, die bedeutend kleiner sei als die, welche er (Redner) in der letzten Sitzung geschätzt habe. Herr Stadtbaumeister Zschau habe aber gemeint, daß die Kosten dann nur 10000 M. betragen würden, wenn man die oberen Räume so belasse, wie sie jetzt sind und nur kleine Veränderungen vornehme. Die Räume würden dann aber auch nur etwa 5 bis 6 Jahre den Anforderungen entsprechen. Wenn bei gründlicher Umgestaltung nur 10000 M. Kosten entstehen würden, so würde auch er (Redner) sofort für dieses Projekt zu haben sein.

Herr Stadtbaumeister Zschau: In den oberen Räumen müßten die Scheidewände entfernt werden, denn die kleinen Zimmer seien unzulänglich. Ferner müsse man sich vergegenwärtigen, daß unser Rathaus jetzt ein schönes, schmuckes Aussehen zeige, daß aber jede Veränderung an der vorderen Fassade, und diese werde sich, wenn eine bessere Belichtung der Räume erreicht werden solle, an den Fenstern nötig machen, das Aeußere des Rathauses verunstalten werde. Redner macht nochmals auf die ganz schlechte Belichtung des Korridors aufmerksam und erwähnt, daß beim Mittelbau des zweiten Stockwerkes, auf den es viel ankomme, eine Oberlicht-Belichtung nicht möglich sei.

Herr Stadtv. Bergmann spricht sich dahin aus, daß von den Vorschlägen des Herrn Stadtv. Geißler ihm